

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 165 (1999)
Heft: 3

Artikel: Algerien : Bürgerkrieg und Massaker ohne Ende?
Autor: Spanik, Stefan W.D.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-65921>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Algerien – Bürgerkrieg und Massaker ohne Ende?

Stefan W. D. Spanik

Seit der im Januar 1992 vom Militär annullierten Wahl, die erstmals in der Geschichte eine islamische Regierung durch demokratische Wahlen am 28. Dezember 1991 an die Macht gebracht hätte, herrscht in Algerien Bürgerkrieg. Bisher mussten über 90 000 Algerier sterben, viele flohen ins Ausland und organisierten von dort aus den Kampf gegen die Militärregierung und ihre zivilen Anhänger.



Stefan W. D. Spanik,
Dr. phil.,
Mozartstrasse 4,
69254 Malsch-Heidelberg,
Bundesrepublik Deutschland.

Die Machtübernahme des Militärs im Januar 1992 führte natürlich zuerst einmal zu einer Polarisierung der Bevölkerung zwischen den mehr demokratischen und den stärker ordnungsorientierten militärischen Führungskräften des Landes. Die Mehrheit der Bevölkerung, die eigentlichen Leidtragenden des Bürgerkriegs, wurden selbst ideologisch in zwei Lager gespalten, von dem der islamistisch orientierte Teil zwischen 1992 und 1994 im ländlichen Raum immer mehr Anhänger gewinnen konnte. Ursache dieses Zuwachses des gewaltbereiten islamistischen Bevölkerungsanteils war vorrangig das Festhalten der politischen wie militärischen Machteliten an ihren Positionen und Pfründen, während die Mehrheit der Landbevölkerung in Not und Elend verharrte und sich deren Lage im Verlauf der blutigen Auseinandersetzungen noch verschlechterte. Die treibende politische Kraft auf islamischer Seite war dabei der «Front Islamique du Salut», kurz FIS genannt.

Der FIS/«Islamische Heilsfront» hat allerdings seinen anfänglichen Zulauf durch brutale und bestialische Anschläge, bei denen man die Bewohner ganzer Siedlungen niedermetzte und selbst vor wehrlosen Frauen, Kindern und Greisen nicht haltmachte, eingebüsst. Obwohl sich aber inzwischen viele Algerier wegen diesen Exzessen von der FIS abwenden, liessen deren Anschläge und Greuelthaten nicht wesentlich nach. Dazu trugen unter anderem die Parlamentswahlen vom 5. Juni 1997 bei, die der «General-Präsident» und gleichzeitige Verteidigungsminister Liamine Zeroual angeblich zu seinen Gunsten und zum Nachteil demokratischer und islamischer Gruppierungen beeinflusst haben soll¹, wie etwa der deutsche Analyst Prof. Dr. W. Ruf meint, dies aber nicht zu belegen vermag.

Nur eine kleine Minderheit ist dem Terrorismus zugeneigt

Mit Sicherheit darf man heute davon ausgehen, dass die Mehrheit der algeri-

schen Bevölkerung keine «Islamische Republik» mit der Scharia als Rechtsgrundlage und der FIS als staatstragende Partei will. Das liegt einfach daran, dass die überwiegende Mehrheit der algerischen Moslems keine Fundamentalisten sind, und weiterhin, dass lediglich eine kleine Minderheit der sogenannten Fundamentalisten dem Terrorismus zuneigt. In unserer multimedialen Welt ist es jedoch verständlich, dass «den Fundamentalisten... daran gelegen ist, die erstgenannte Tatsache zu verbergen beziehungsweise in ihrem Sinn zu revidieren; die Terroristen wiederum finden es zweckdienlich, letztere Tatsache (dass nur wenige Fundamentalisten Terroristen sind/Sp.) zu verschweigen», wie der amerikanische Nahostkenner Prof. Dr. Bernard Lewis jüngst deutlich herausstellte². Trotzdem kommt es in nächster Zukunft darauf an, dass sowohl die moderaten konservativen Kräfte islamischen Glaubens wie die modernistisch-laizistische Richtung der Politik und des Militärs eine parlamentarische Plattform finden, von der aus es ihnen gelingt, demokratisch-pluralistische Regierungsformen zu realisieren, die den Bürgerkrieg beenden und zwangsläufig extremistischen Bewegungen den Nährboden entziehen.

Beginn der Massaker

Vor etwas mehr als sieben Jahren, fünf Wochen nach dem erfolgreichen Wahlsieg der Islamischen Heilsfront/FIS, begann die blutigste Tragödie der algerischen Geschichte seit den Tagen ihrer Unabhängigkeit im Juli 1962. Was war der Hintergrund des Bürgerkrieges, der bis heute fort dauert und noch immer kein Ende finden will? Durch einen Militärputsch am 11. Januar 1992 wurde die notwendige zweite Runde der Parlamentswahl, bei der mit Sicherheit wiederum die Islamische Heilsfront/FIS gewonnen hätte, verhindert. Die Konfrontation zwischen den meist gemässigten fundamentalistischen Kreisen, die 1992 eindeutig die stärkste politische Kraft gewesen sind, und den laizistischen politischen wie militärischen Kräften des Landes war durch diese Intervention der Macht gegen demokratische Spielregeln des Wahlverfahrens gegeben.

Nach dem Eingriff militärischer Ordnungsmächte in die Politik, sie wurde damals von westlichen Demokratien teilweise als notwendige Massnahme gegen islamistische Herausforderungen der Zivilgesellschaften betrachtet und auch von bestimmten Regierungskreisen in Frankreich gut-

geheissen, rief die FIS zum Kampf gegen die Militärjunta und deren Helfershelfer auf. Am 10. Februar 1992 wurden schliesslich sechs Polizisten in einen Hinterhalt in der Casbah (Altstadt von Alger) gelockt und erschossen. Dieses spektakuläre Attentat markierte den eigentlichen Beginn einer immer weiter eskalierenden Welle der Gewalt in dem von rund 30 Millionen Menschen bevölkerten Land, das seine wichtigsten Staatseinnahmen aus Gas- und Erdölressourcen schöpft. Schon ein Tag nach diesem Attentat wurde von der Regierung der Ausnahmezustand über Algerien verhängt; dieser ist noch heute in Kraft. Im weiteren Verlauf der Ereignisse verboten die Militärs am 4. März 1992 die «Islamische Heilsfront»/FIS und verhafteten deren Mitglieder. Tausende von islamischen Aktivisten kamen in Lager. Die Gewalt weitete sich aus und richtete sich anfangs vor allem auf die Herrschaftsträger, Staatsrepräsentanten und die Sicherheitskräfte (Polizei, Justiz, Militär und Geheimdienste) des Landes. In den folgenden Jahren 1992–1993 wurden aber auch zunehmend mehr Intellektuelle, Beamte und Geistliche zur Zielscheibe der «Armee des Islamischen Heils»/AIS, dem militärischen Flügel der FIS. Diese Personengruppen, westlich gebildet und meist frankophil orientiert, wurden als Kollaborateure und «Harkis»³ des «gottvergesenen Militärregimes» beziehungsweise der Interessen fremder Mächte (Frankreich, USA...) angesehen, die es auszuschalten galt. Ab 1993 wurden auch Ausländer zu Feinden der islamischen nationalen Befreiungsbewegung erklärt und blutig verfolgt. Im Verlauf der Terroranschläge tauchten ab 1993 auch zunehmend die «Gruppen der Islamischen Armee», kurz GIA genannt, auf. Die bewaffneten islamischen Gruppen der GIA rekrutieren ihre Desperados aus allen möglichen Slums von Vorstädten Algeriens, aber auch aus Ghettos französischer Städte, aus Afghanistan und den Lagern der Palästinenser. Im Verlauf der Gewalteskalation wurde immer mehr deutlich, dass sich die GIA, neben ihrem Kampf gegen die laizistischen, westlich orientierten demokratischen Bevölkerungsgruppen auch zunehmend gegen die Armee des Islamischen Heils/AIS richtet. Ein Zeichen, das die GIA unter Umständen auch noch als Instrument anderer dunkler Mächte als der des islamischen Fundamentalismus erscheinen lässt.

Im Dezember 1994 exportierte die GIA den Terror nach Frankreich, indem sie einen Airbus der Air-France entführte und über Paris sprengen wollte. Im folgenden Jahr überzog sie

Frankreich mit einer Welle blutiger Attentate, die am 3. Dezember 1995 mit einem Anschlag auf die Pariser Metro endete. Während der vergangenen vier Jahre steigerte sich wiederum in Algerien selbst die Gewalt und nahm bestialische Züge an. Ganze Dorfgemeinschaften wurden niedergemetzelt, Autobomben inmitten von belebten städtischen Marktplätzen gezündet, selbst Babys und Schulkinder wurden erschlagen und deren Leichen für symbolische Zwecke auf unsagbare Weise missbraucht. Nach der Jahreswende 1997/98 hat die Gewalttätigkeit wenigstens nach aussen hin vorübergehend etwas nachgelassen. Gleichzeitig mit dem Abebben der Gewalt, die aber unter Umständen nicht von Dauer ist, haben die Regierenden in den letzten Jahren eine Reihe von Wahlen durchgeführt, aus denen Präsident Zeroual stets siegreich hervorgegangen ist. Zuletzt zog eine islamisch-konservative Mehrheit von Parteien ins Parlament ein. Damit konnte der «Staatschef Zeroual» die Akte FIS und die ihres bewaffneten Arms, der AIS nämlich, (wie er meinte/Sp.) schliessen.⁴

Die westlich orientierten staatstragenden Kreise und nahezu alle demokratischen Parteien – die den Islamisten mehr noch als früher feindlich gesinnt sind – bestätigen heute die These, dass der Bürgerkrieg allein aufgrund der Annullierung der Wahlen von 1991 entstanden war. Sie gehen aber weiterhin davon aus, dass bereits damals die FIS Aufstandspläne hatte, um den bewaffneten Kampf – erst recht nach einer islamischen Machtübernahme – mit allen Mitteln vorantreiben zu können. Ziel war ihnen dabei die Errichtung eines «Gottesstaates» auf algerischem Boden nach iranischem Vorbild. Eine Erklärung, die vieles vereinfacht und rechtfertigt. Ja letztlich eine Konklusion, die trotz der jüngsten Befriedungstendenzen und eines scheinbaren Rückgangs der Gewalttätigkeiten noch einer gründlichen Hinterfragung bedarf.

Perspektiven

In jüngster Zeit erhellen drei Besonderheiten die Dunkelheit über der algerischen Apokalypse, doch ist es noch viel zu früh, in ihnen mehr als nur einen Hoffnungsschimmer am Horizont einer besseren Zukunft des Landes sehen zu wollen.

1. Im Jahre 1995 hat die katholische Laienbruderschaft «Comunità Sant'Egido» in ihrem Stammkloster bei Rom nach Gesprächen mit legalen und illegalen Oppositionsvertretern (aber oh-

Das FWK erstmals bewaffnet im Ausland

Seit dem 1. Juni 1998 befinden sich permanent 12 Angehörige des Festungswachkorps (FWK) als Bundesbeamte in Zivil im Einsatz in Alger. Ihre Aufgabe besteht aus Objekt- und Personenschutz für die Schweizer Botschaft. Die auf freiwilliger Basis eingesetzten Festungswächter verfügen sowohl über eine Spezialausbildung wie auch über eine passende Ausrüstung und Bewaffnung. Ein Einsatz dauert für die einzelnen Beamten 6 Wochen, wobei jeweils nach 3 Wochen die Hälfte der Equipe ausgewechselt wird. (Fy)

ne Regierungsvertreter) Algeriens eine «Plattform von Rom»⁵ zur Beilegung des Bürgerkrieges geschaffen, die gerade heute wieder aktualisiert wurde und richtungsweisend sein könnte.

2. Durch das jüngste Zusammenrücken der Europäer zur europäischen Union konnte die bisher ausschliesslich Frankreich überlassene Zuständigkeit für die Probleme Algeriens auf die gemeinsamen Schultern der Europäer verteilt werden. Seit etwa einem Jahr spielt deshalb Deutschland eine konstruktive Rolle bei der Konfliktlösung in Algerien, wenn auch über den Inhalt der Gespräche im Dienste der Sache noch nicht in aller Öffentlichkeit gesprochen werden kann.

3. Trotz des schrecklichen Bürgerkrieges, von dessen Ende, wie gesagt, zu reden noch verfrüht wäre, hat sich die Hydrokarbon- und Ölindustrie Algeriens zu einem der modernsten und fortschrittlichsten Wirtschaftszweige des Maghrebs entwickelt. Algerien erfährt derzeit einen ungeahnten und von westlichen Analysten bisher übersehenen «Hydrocarbon-Boom»⁶ der das Land unter Umständen aus dem Chaos führen könnte. Es ist zu hoffen, dass Algerien die Kraft aufbringt, um die Gräueltaten zu beenden und das Land wieder zurückfindet in die Gemeinschaft rechtsstaatlicher Zivilgesellschaften.

Anmerkungen:

¹Ruf, Werner: Nach den Wahlen in Algerien. In: Internationale Politik, Nr. 8 (1997), S. 59/60.

²Lewis, Bernard: Demokratie und Religion im Nahen Osten. In: Transit, H. 14, Winter 1997, S. 123.

³Die «Harkis» waren im Algerienkrieg (1954–1962) Hiwis der französischen Armee. Der Begriff gilt noch heute als Synonym für Schande und Verrat am algerischen Volk.

⁴So die algerische Zeitung «El Moudjahid» vom 30. Januar 1998, S. 3.

⁵Der Text der «Plattform von Rom» wurde nach Veröffentlichung in algerischen Zeitungen am 10. März 1995 in «Le Monde Diplomatique», Paris, S. 3 f. publiziert.

⁶Vgl. dazu: Willems, Peter: Sonatrach: Leading the Hydrocarbon Boom in Algeria. In: «Middle East», April 1998, S. 19 f. ■